

Vorwort

Angesichts wirtschaftlicher Krisenzustände, die längst überwunden schienen, stehen die Wirtschaftswissenschaften weltweit in der Kritik. So sehr, dass einzelne Vertreterinnen und Vertreter der vorherrschenden ökonomischen Lehrmeinungen mittlerweile ihren Gang nach Canossa antraten. Steht der Ökonomik nun aber tatsächlich eine Zeitenwende bevor? Der einführende Beitrag von *Sebastian Thieme* beantwortet diese Frage im Rahmen einer ernüchternden Analyse. Dabei verweist er auf eine Reihe von bereits vorliegenden Theorieansätzen, die zwar über die Kernannahmen des ökonomischen Mainstreams hinausgehen oder diese in Frage stellen, die es bisher aber nicht vermocht haben, sie zu ersetzen. Darüber hinaus thematisiert der Autor soziologische und institutionelle Aspekte, die vorhandene Zweifel an einer baldigen Revolution der Wirtschaftswissenschaften verstärken.

Versuche, das Phänomen der Krise und seine Ursachen zu erklären, reichen weit in die Vergangenheit zurück. Diese Erklärungsversuche werden zum Gegenstand des Beitrages von *Friedrun Quaas* gemacht. Demnach war die ursprüngliche Bedeutung des Krisenbegriffs in der Antike im Verlauf der Jahrhunderte in seiner Anwendung auf verschiedene gesellschaftliche Krisen Modifizierungen unterworfen, die seinen Kern zwar nicht beschädigt, aber um einige Komponenten erweitert haben. In Konzentration auf wirtschaftliche Krisen stellt die Autorin verschiedene krisentheoretische Ansätze dar, die ihre Wurzeln jeweils im Kontext realhistorischen Krisengeschehens haben und neben ihrem geschichtlichen Bezug allgemeine und wiederkehrende Strukturmerkmale aufweisen. Zwar sind diese in der aktuellen Krisendebatte in heterogener Weise argumentativ aufgenommen worden, ohne dass dabei jedoch immer ein expliziter Verweis auf die theoriehistorischen Wurzeln erfolgt.

Auch in der Neuzeit erweisen sich Krisen als treue Weggefährten des sich etablierenden Wirtschaftssystems des Kapitalismus. Die gesellschaftliche und insbesondere die wissenschaftliche Wahrnehmung und Reflexion dieser Phänomene haben zu Postulaten Anlass gegeben, die

eine immanente Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems unterstellen. Ob und in welchem Maße diese These haltbar und plausibel ist, diskutiert *Lars Bräutigam* anhand der englischen Handelskrisen. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, dass überwiegend exogene Ereignisse wie Kriege, Missernten und verfehlte Eingriffe des Staates in die Wirtschaft ökonomische Krisen auslösten. Geld und Kredit stellen die Schnittstelle dar, durch die außerwirtschaftliche Ereignisse Einfluss auf die Entwicklung von Industrie, Landwirtschaft und Gütermärkten nehmen. Im Falle von Missernten sind es die Importe, die für einen Abfluss von Gold und damit zu einer Verringerung der Geldmenge führen, obwohl die höheren Lebensmittelpreise das Gegenteil erfordern würden. Hier zeigen sich schon sehr früh die Grenzen, auf die eine durch Gold gedeckte Währung stößt. Die Wahrnehmung und Verarbeitung dieser Probleme ist ein historischer Lernprozess, durch den sich das Geld- und Kreditsystem entwickelt hat.

In dem Beitrag von *Mathias Klein* wird ein Überblick über die historische Entwicklung der Phillipskurve gegeben. Dabei werden sowohl ihre theoretische Begründungen, Erweiterungen als auch Modifikationen näher erläutert. Eine empirische Überprüfung unterschiedlicher Versionen der Phillipskurve auf der Grundlage von Daten der Volkswirtschaft Deutschlands zeigt, dass die ursprüngliche Entdeckung Phillips' auch heute noch die Lohnänderungen zu einem hohen Maße erklärt. Außerdem stellt sich heraus, dass eine Erweiterung dieses Ansatzes um die Variablen Inflation, Produktivität und Profit zu einer äußerst stabilen Ex-post-Prognose führt, die selbst wirtschaftliche Schocks wie die beiden Ölkrisen der 1970er Jahre zufriedenstellend nachzeichnen kann.

Wie kann aus einer Krise auf einem national und sektoral beschränkten Markt wie dem der Wohnimmobilien der Vereinigten Staaten von Amerika eine Weltwirtschaftskrise entstehen? Das ist die Frage, der *Sebastian Gerhardt* in seinem aufwändig recherchierten Beitrag nachgeht. Dabei nimmt er alle Glieder eines umfassenden Mechanismus' unter die Lupe, der von der speziell US-amerikanischen Variante der Sozialpolitik durch Förderung des privaten Wohneigentums über die Finanzierungsfrage selbst für ärmere Bevölkerungsschichten bis hin zur Verbriefung der unsicheren Hypothekendarlehen und dem für einige Banken durchaus erfolgreichen Versuch reicht, selbst damit noch Profit zu machen und zugleich das Risiko auf andere Schultern überzuwälzen. Der Autor beschreibt nicht nur die historischen und funktionellen Abläufe,

sondern tritt auch einigen weit verbreiteten Vorurteilen entgegen, wie z.B. dem, dass Banken aus nichts heraus Kredit schöpfen könnten. Die Tatsache, dass es bei allen Verrechnungstricks des modernen Finanzsystems letztlich doch auf die Verfügung über „richtige“ Dollar-, Euro- oder Yen-Noten ankommt, erklärt zum Teil die Rolle, die dem Staat und seinen Einrichtungen bei der Rettung des Bankensystems zufallen. Konstatiert wird, dass die Rettungspläne der großen und kleinen kapitalistischen Mächte bei ihren Bevölkerungen auf geringen Widerstand stoßen, obwohl diese Sanierungsprogramme mit skandalöser Offenheit das Eigentum speziell der bürgerlichen Klassen verteidigen.

Mit einer praktisch-politischen Frage beschäftigt sich *Peter Fleissner*: Wie kann der Schuldenberg abgebaut werden? Angesichts leerer Kassen und eines allgemein angesagten Sparens sieht der Autor wenig Chancen für bedeutende Zuwächse bei der konsumtiven Nachfrage. Auch von den Exporten erhofft er sich wenig, so dass konsequenterweise auch eine stagnierende Investitionstätigkeit zu erwarten sei. Als Österreicher hat er dabei vor allem sein Land im Blick, obwohl er die schleppende wirtschaftliche Erholung als eine Tendenz in allen Ländern der Europäischen Union ansieht. Um den Forderungen der Politiker, den Gürtel enger zu schnallen, vorzugreifen, werden alternative Maßnahmen diskutiert: Ein Moratorium der Zinszahlungen und eine Sozialisierung der Banken. Wegen der systemischen Bedeutung der Finanzinstitute könne sich letztere Maßnahme allerdings nicht auf einzelne (hochverschuldete) Banken beschränken.

Weshalb ist die Finanz- und Wirtschaftskrise, die in Deutschland 2008 begann und die manche bereits als die größte aller Zeiten bezeichnet haben, dann doch viel harmloser ausgefallen? Was waren die Ursachen dieser weltweiten Krise, und wo sind sie zu suchen? Hat die Politik genug getan, und was muss sie noch tun? Hat die Ökonomik aus den Krisen der Vergangenheit gelernt, und welche Lehren müssen diesmal gezogen werden? Das ist der Kreis der Fragen, um die sich der abschließende Beitrag von *Georg Quaas* dreht und auf die Antworten durch einen Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise von 1929-33 gesucht werden.

Für den Herausgeber zeichnen verantwortlich: Lars Bräutigam, Mathias Klein, Friedrun Quaas, Georg Quaas und Sebastian Thieme. Gedankt sei allen, die zum Gelingen dieses Buches beigetragen haben, insbesondere den weiteren Autoren und den übrigen Mitgliedern des Forschungssemi-

nars „Politik und Wirtschaft“ (www.forschungsseminar.de) für ihre konstruktive Zusammenarbeit. Leipzig, im August 2010